



Der flexible Bauer in einer Welt in Bewegung

Bern, 12.11.2007 - Bundesrätin Doris Leuthard | Delegiertenversammlung | Schweizerischer Bauernverband SBV

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrter Herr Direktor,
sehr geehrte Damen und Herren aus Politik und Wirtschaft,
liebe Bäuerinnen und Bauern.

Gerne habe ich die Einladung zur Ihrer Delegiertenversammlung angenommen. Dies ermöglicht mir einen direkten Gedankenaustausch mit Ihnen, den ich auch im nächsten Jahr pflegen will.

Mit der Agrarpolitik 2011 hat das Parlament den Acker für die nächsten vier Jahre bestellt. Dabei wurde das vom Bundesrat eingeschlagene Reformtempo leicht gedrosselt, aber die grundsätzliche Ausrichtung bestätigt. Ich bin überzeugt: Die Bauern haben erkannt, dass sie sich in einer sich schnell bewegenden Welt ebenfalls bewegen müssen. Denn der Anpassungsbedarf wird für die Land- und Ernährungswirtschaft weiter zunehmen.

Wir müssen deshalb gemeinsam Lösungen entwickeln,

- wie wir die Absatzchancen und das Kostenumfeld der Landwirtschaft verbessern können,
- wie die Wettbewerbsfähigkeit des ganzen Ernährungssektors gesteigert und
- wie die Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft erhalten und zukunftsgerecht gestaltet werden kann.

Heute ist der Preis heiss:

- Auf dem Weltmarkt sind in diesem Jahr die Preise für wichtige landwirtschaftliche Rohstoffe stark angestiegen.
- In der EU haben sich die Konsumentenpreise für Butter und Rahm, Geflügel, Eier und Obst erhöht. Für Frischprodukte zahlt man in Deutschland beispielsweise 6% mehr als noch vor Jahresfrist.
- In der Schweiz haben dagegen die Preise für Nahrungsmittel seit Jahresbeginn nur um 0,3% zugenommen. Allerdings sind Anpassungen angekündigt; etwa beim Brot, bei gewissen Milchprodukten oder bei Spaghetti.

Die Preisdifferenzen zwischen der Schweiz und dem Ausland sind damit kleiner geworden und unsere Bauern sind mit ihren Produkten international wettbewerbsfähiger. Doch darf diese Entwicklung nicht dazu führen, dass die nachgelagerten Stufen unter dem Vorwand der gestiegenen

Rohstoffkosten ihre Margen verbessern. Die international steigenden Preise haben bewusst gemacht, dass eine gesicherte Versorgung mit Nahrungsmitteln keine Selbstverständlichkeit ist. Die Schweizer akzeptieren heute wieder vermehrt, dass wir bei uns eine produzierende Landwirtschaft brauchen.

Ich akzeptiere, dass Qualitätsprodukte aus der Landwirtschaft etwas kosten dürfen. Die Frage stellt sich jedoch, wie dieser Preis entsteht: in abgeschotteten Märkten oder im Wettbewerb? Ich bin eine klare Wettbewerbs-Verfechterin. Ich habe wenig Verständnis für ungerechtfertigten Markenschutz, viel hingegen für gerechtfertigten Markenschutz. Denn AOC- und Premium-Produkte erzielen auf dem freien Markt einen guten Preis, und Qualität wird immer bestehen, auch in offenen Märkten.

Diese Entwicklung wollen wir mit den Reformen in der Agrarpolitik unterstützen. Nach dem Ja zur Agrarpolitik 2011 durch das Parlament wird der Bundesrat demnächst ein erstes Verordnungspaket verabschieden. Dabei geht es auch um die Umsetzung des Neuen Finanzausgleichs oder um die Umsetzung der Budgetkürzungen.

Die Kernelemente der AP 2011 werden dann im zweiten Verordnungspaket enthalten sein, das 2009 in Kraft tritt. Es sind dies:

- die Senkung der Zollansätze und die Importregelungen für Brotgetreide,
- die Anpassung der Schwellenpreise für Futtermittel,
- die Festlegung der Ansätze für die Milchzulagen sowie für die Tier- und die Flächenbeiträge.

In diesem zweiten Verordnungspaket wollen wir ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Bereichen der Landwirtschaft finden. Ich habe bereits bei den Beratungen zur Agrarpolitik 2011 darauf hingewiesen, dass dies angesichts der Vorgaben des Parlaments und der geltenden Budgetrestriktionen kein einfaches Unterfangen sein wird. Ich bin hier auf Ihr Verständnis und auf Ihre Mitarbeit angewiesen.

Kostenreduktionen und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit erreichen wir auch über weitere Massnahmen. Mit der Ermöglichung von Parallelimporten für landwirtschaftliche Produktionsmittel und Investitionsgüter können beispielsweise Kosten gesenkt werden. Meines Erachtens muss dieser vom Parlament erteilte Auftrag rasch und ohne Verzögerung umgesetzt werden. Es geht nicht, dass ein demokratisch gefällter Entscheid im Landwirtschaftsgesetz über die verschlungenen Pfade einer anderen Gesetzesrevision wieder ausgehebelt werden soll.

Strukturveränderungen wollten wir auch durch die Revision des Boden- und Pachtrechtes unterstützen. Hier ist das Parlament dem Bundesrat nicht gefolgt. Ich bin aber überzeugt, dass dieses Thema nicht vom Tisch ist, wenn ich die Positionen von Avenir Suisse und dem Hauseigentümerverband betrachte. Starke Kräfte drängen auf eine weitere Liberalisierung bis hin zur Abschaffung des bäuerlichen Bodenrechtes.

Mit dem vollständigen Abbau von Marktinterventionen schaffen wir mehr Marktnähe und erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit der Produzenten, aber auch von vor- und nachgelagerten Bereichen. Auch die noch verbleibenden Preisstützungen werden wir weitgehend abbauen und Exportsubventionen streichen; mit Ausnahme der Verkäsungszulage und der Siloverzichtszulage, die das Parlament beibehalten will.

All dies sind auch Massnahmen, um für mögliche WTO-Herausforderungen besser gewappnet zu sein. Dort steht die Höhe des Grenzschutzes unter besonderem Druck. Deshalb beobachte ich die

Entwicklungen innerhalb der WTO sehr genau, auch wenn sich dort derzeit wenig zu bewegen scheint. Hinter den Kulissen haben viele Entwicklungsländer - angeführt von Brasilien, Indien und Südafrika - ihre Verhandlungsbereitschaft im Bereich Industriegüter stark zurückgefahren, um so den Druck auf das Agrardossier zu erhöhen.

Diese Ausgangslage ist für uns nicht einfach. Sollten sich die verschiedenen Player doch noch auf eine gemeinsame Politik einigen können, wird der Handlungsbedarf auch für die Schweiz schnell sehr gross. Dann möchte ich nicht in Zugzwang geraten und unseren Bauern Hau-Ruck-Übungen zumuten. Deshalb will ich die agrarpolitischen Reformen bei uns weiter führen. Wir müssen für den Fall einer weitergehenden Liberalisierung vorbereitet sein.

Wir stossen immer mehr auf Unverständnis und Probleme, wenn wir einerseits den Marktzugang für unsere Industrieprodukte und Dienstleistungen verlangen, im Bereich der Agrarprodukten denselben aber mit einem hohen Grenzschutz de facto verunmöglichen. In die gleiche Richtung wirken auch Freihandelsabkommen, bei denen zunehmend Forderungen an die Landwirtschaft gestellt werden; beispielsweise aus Ägypten oder aus den BRIC-Staaten.

Generell ist es wichtig, dass auch wir für unsere Landwirtschaft frühzeitig den Zugang zu Märkten sichern, und zwar dort, wo wir realistische Absatzchancen haben. So gesehen bietet sich der EU-Markt geradezu an; sowohl räumlich als auch in Bezug auf Preise, Qualität und Konsumentenbedürfnisse und aufgrund des heute bestehenden Handelsvolumens.

Die WTO bringt uns nur Zollabbau, aber keinen besseren Marktzugang. Unabhängig von der zeitlichen Entwicklung in der WTO müssen wir deshalb das Thema Agrarfreihandel mit der EU angehen. Ich weiss, dass viele Bauern einem solchen Abkommen skeptisch bis ablehnend gegenüber stehen. Ich sehe in der vollständigen Öffnung des Agrar- und Lebensmittelsektors gegenüber der EU aber ein grosses Potenzial:

- Die Konkurrenzfähigkeit des gesamten Agrar- und Lebensmittelsektors würde gestärkt.
- Die Exportchancen für hochwertige Produkte würden erhöht.
- Mit dem Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse leisten wir einen wesentlichen Beitrag zur Kostensenkung.

Völliges Neuland betreten wir mit einem Freihandelsabkommen ja nicht. Der Käsemarkt ist seit Mitte 2007 gegenüber der EU vollständig liberalisiert. Beim Zucker sind wir de facto im EU-Markt integriert. Für Wein und Spirituosen kennen wir auch keinen nennenswerten Grenzschutz mehr. Diese Öffnungen haben nicht geschadet, wie das Beispiel Käse zeigt, sind wir im Gegenteil auf dem Markt erfolgreich!

Wichtig ist:

1. Eine gegenseitige Öffnung der Märkte kann nicht von heute auf morgen erfolgreich sein. Es braucht Übergangsfristen.
2. Den Agrarfreihandel mit der EU wollen wir mit besonderen Begleitmassnahmen abstützen.

Ich lasse derzeit ein Konzept erarbeiten, um die Land- und Ernährungswirtschaft bei ihrer Neuausrichtung zu unterstützen auf der Kostenseite, beim Marktzugang, Strukturwandel und bei der Produkteentwicklung.

Ich stelle mir folgende Massnahmen vor:

- Die Unterstützung von Exportinitiativen durch unsere Absatzförderung.
- Ein einmaliger Beitrag, über den der Landwirt frei verfügen könnte.
- Spezielle Umschulungs- und Ausstiegshilfen namentlich für ältere Betriebsleiter.
- Die Förderung von Innovationen entlang der Wertschöpfungskette durch eine Stärkung von Forschung und Beratung. Und was spricht gegen einen Innovationsfonds?

Auch anderswo sind Anpassungen notwendig; bei den Direktzahlungen, im Tierschutz, den technischen Handelshemmnissen oder bei der Exportförderung. Bei den Direktzahlungen verlangt das Parlament eine Überprüfung. Die Direktzahlungen sind für mich ein wichtiges Instrument. Mir ist daran gelegen, dass diese Zahlungen erhalten bleiben und eine hohe Akzeptanz haben. Dazu müssen aber die Gelder zielgerichtet zur Erfüllung der multifunktionalen Aufgaben und effizient eingesetzt werden. Die Arbeiten zur Überprüfung des Systems sind angelaufen. Wir werden im nächsten Jahr den geforderten Bericht vorlegen.

Akzeptanzfördernd bei den Konsumenten wirkt auch ein guter Tierschutz. Der Bundesrat wird im nächsten Jahr die Verordnung zum entsprechenden Gesetz verabschieden. Die Reaktionen aus Ihren Kreisen zum ersten Verordnungsentwurf haben mir gezeigt, dass Sie sich mit den vorgeschlagenen Massnahmen teilweise schwer tun.

Ich verstehe Ihre Anliegen, kostentreibende Massnahmen angesichts des wirtschaftlichen Umfeldes möglichst zu vermeiden. Vergessen dürfen Sie aber nicht, dass der Tierschutz ein wichtiges Anliegen unserer Bevölkerung ist. Auch ist eine tiergerechte Haltung gegenüber den Konsumenten ein wichtiges Verkaufsargument, ein Mehrwert, den Sie im Marketing und im Preis gewinnbringend einsetzen können. Ich habe allerdings auch Verständnis dafür, dass Ihre Investitionen auch geschützt werden sollen. Wir haben deshalb den Dialog mit allen Kreisen noch einmal aufgenommen und einen Kompromiss gefunden. Ich bin bereit, Ihren Anliegen mit angemessenen Übergangsfristen Rechnung zu tragen.

Um auf den internationalen Märkten bestehen zu können, sind die Exportoffensiven der einzelnen landwirtschaftlichen Branchen unabdingbar. Mit „Schweiz.Natürlich“ im roten Balken können wir diese noch stärker unterstützen und so auf unsere Landwirtschaftsprodukte aufmerksam machen. Mit einem starken Auftritt als Partnerland an der "Grünen Woche" in Berlin im Januar 2008 werden wir diese Bemühungen unterstützen - auch finanziell. Ich verspreche Ihnen, gemeinsam mit dem Bauernverband und den Kantonen werden wir Berlin bewegen.

Meine Damen und Herren, die Märkte werden sich weiter öffnen, der Wettbewerbsdruck wird steigen, der Grenzschutz wird abgebaut werden müssen. Darauf haben wir uns jetzt einzustellen. Ein Zurück gibt es nicht. Es bringt nichts, wenn wir den Kopf in den Sand stecken und einfach auf eine AP 2015 warten.

Wenn wir uns heute nicht bewegen, werden wir fremdbestimmt. Wenn wir uns der Globalisierung aktiv stellen, dann können wir selber bestimmen.

Die Uhrenindustrie war vor 15 Jahren am Boden, man gab ihr keine Chance mehr angesichts der Billigproduktion, etwa in China. Ebenso verhielt es sich mit der Maschinenindustrie. Und wo stehen sie heute? Beide Branchen haben sich auf höchste Qualität, High-Tech und Innovation im höchsten Preissegment ausgerichtet. Das können wir auch mit unseren Spitzenprodukten in der Landwirtschaft. Erst recht, weil durch die Zunahme der Weltbevölkerung eine hohe Nachfrage nach Lebensmitteln helfen wird.

Ich habe Ihnen die Lösungsansätze skizziert.

Reden wir also über die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit und über die Steigerung der Exportchancen. Heute haben wir zuwenig Kühe, zuwenig Käse, zuwenig Wein, um der Nachfrage gerecht zu werden.

Reden wir über mögliche Begleitmassnahmen eines Freihandels. Ich bin bereit, Geld in die Hand zu nehmen und habe mit dem Finanzminister bereits darüber gesprochen.

Reden wir über volkswirtschaftliche Vorteile.

Über eine Bevölkerung, die von ihren Bauern Umwelt- und Tierschutzleistungen will und bereit ist, diese zu bezahlen. Über Bauern, die sich nicht mehr vorwerfen lassen müssen, sie seien schuld an hohen Lebensmittelpreisen. Über Bauern, die ihre Qualitäts-Produkte auch ohne Marktabschottungen verkaufen können. Reden wir darüber, wie wir gemeinsam die bäuerliche Zukunft selber bestimmen. Das braucht Mut, eine klare Strategie und Vertrauen. Vertrauen in unser Können, in unsere Qualitätsprodukte.

Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

Es gilt das gesprochene Wort !